

Der Kampf um Hegemonie: Potentiale radikaler Demokratie aus feministisch-theoretischer Perspektive

Wilde, Gabriele

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilde, G. (2014). Der Kampf um Hegemonie: Potentiale radikaler Demokratie aus feministisch-theoretischer Perspektive. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 5(2), 203-216. <https://doi.org/10.3224/zpth.v5i2.17122>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Der Kampf um Hegemonie

Potentiale radikaler Demokratie aus feministisch-theoretischer Perspektive

*Gabriele Wilde**

Schlüsselwörter: Demokratische Geschlechterverhältnisse, Hegemonie als Theorie des Politischen, Deliberative Demokratie, Geschlechterdifferenz, Öffentlichkeit als diskursive Formation, Demokratisches Paradox

Abstract: Der Beitrag reflektiert das Potential, das sich mit dem Konzept der radikalen Demokratie von Chantal Mouffe für eine emanzipative Geschlechterpolitik ergibt. Ausgehend von dem Erkenntnisinteresse, welche neue Aufgaben sich mit der Anerkennung von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftliche Machtverhältnisse für eine demokratische Politik ergeben, werden die Anknüpfungspunkte aufgezeigt, die sich mit dem Antagonismus und der Hegemonie als zwei Schlüsselbegriffe des poststrukturalistischen Ansatzes für die feministische Forschung ergeben. In Verbindung mit feministischen Ansätzen zur Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit als ein wesentliches Strukturmerkmal gesellschaftlicher Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse wird die Anschlussfähigkeit des diskurstheoretischen Modells für ein feministisch-kritisches Verständnis des Politischen jenseits rationalistischer, deliberativer Politikpraxen, formalen Gleichstellungsrechten und Konzepten der Chancengleichheit dargestellt.

Abstract: This article considers the potential that arises from Chantal Mouffe's concept of radical democracy for emancipatory gender politics. Based on the epistemological interest, from which new tasks arise as a result of the recognition of gender relations as societal power relations within a type of democratic politics, the connecting links are shown in which antagonism and hegemony emerge as two key concepts of the post-structuralist approach in feminist research. In connection with the feminist approaches, in which the separation of public and private spheres is seen as an essential structural feature in the relations of social inequality and discrimination, the article presents the applicability of the theoretical discourse model for a feminist critical understanding of political policies, beyond rationalistic, deliberative political practices, formal equal rights and concepts of equal opportunity.

„Dass der Widerstand, den man leistet, die Ungerechtigkeit wahrscheinlich nicht aus der Welt schaffen kann, enthebt einen nicht der Pflicht, im Sinne dessen zu handeln, von dem man nach ernsthafter, aufrichtiger Überlegung erkannt hat, dass es im besten Interesse der eigenen Gemeinschaft liegt“ (Susan Sontag 2010: 242).

Feministische Wissenschaft verzeichnet einen kaum lösbaren Widerspruch. Einerseits hat sie sich als Aufdeckung einer grundlegenden Lüge moderner Demokratien konzeptualisiert. Mit diesem Anspruch wurde die Geschlechterforschung zum Subjekt einer liberalen

* Prof. Dr. Gabriele Wilde, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Kontakt: Gabriele.Wilde@uni-muenster.de

Vorstellung des Politischen, die um Chancengleichheit und Gleichstellungsrechte zur Aufhebung der Geschlechterdifferenz und für die Egalisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse kämpft. Andererseits zeigt sie sich als eine genuin demokratische Instanz, wenn es um die Behauptung, die Ausdeutung und die handelnde Interpretation der Geschlechterdifferenz geht. In dieser Hinsicht verkörpern feministische Ansätze eine Form der konflikthaften Auseinandersetzung, die vor dem Hintergrund eines gespaltenen Raumes zwischen der öffentlichen Geltung bürgerlicher Gleichheits- und Freiheitsrechte und den Unrechts- und Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit der familialen Privatheit organisiert sind.

Dieser Kampf um demokratische Geschlechterverhältnisse hat aus einer poststrukturalistisch-neomarxistischen Perspektive, wie sie aktuell von Chantal Mouffe (2000a; 2004; 2007a; 2007b; 2013) vertreten wird, zweifellos eine radikale Dimension, insofern er dazu dient, Demokratie durch die Anfechtungen gesellschaftlicher Unterordnungs- und Unterdrückungsverhältnisse am Leben zu erhalten. Im Zentrum dieses radikalen Demokratieverständnisses steht eine Artikulationspraxis, die den antagonistischen Konflikt als ein Fall der Gleichheit diskursiv verhandelt. Der Streit um Gleichheit als demokratisches Ereignis weist gleichzeitig das Angebot liberaler Demokratien eines konsensualen Interessenausgleichs als Entwertung des Politischen zurück. Denn der liberale Versuch, gesellschaftliche Differenzen über eine Konsenspolitik aufzuheben, führt letztendlich zur Leugnung von Antagonismen, die – das hat Mouffe (1998; 2007a: 18 ff.) insbesondere mit Verweis auf Carl Schmitt deutlich gemacht – grundlegend in die Gesellschaft eingeschrieben sind. Die Verdrängung von Machtverhältnissen ist deshalb für Mouffe gleichbedeutend mit der Auslöschung dessen, was politische Gesellschaften konstituiert.

Doch welches Potential ergibt sich mit dem Konzept der radikalen Demokratie für eine emanzipative Geschlechterpolitik – jenseits einer rationalistischen Überhöhung deliberativer Politikpraxen, die Gleichstellungsrechte und die Umdeutung von Gleichheitspostulaten als Chancengleichheit favorisieren und diesseits der Geschlechterdifferenz als ein spezifischer Ausdruck gesellschaftlicher Antagonismen? Welche Aufgabe stellt sich an demokratische Politik mit der Anerkennung von Geschlechterverhältnissen als gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse?

Zur Beantwortung dieser Frage wird in einem ersten Schritt auf die zentralen Merkmale des agonalen Politikbegriffs von Chantal Mouffe eingegangen (1). Die kritische Reflexion des diskurstheoretischen Modells in Verbindung mit feministisch-theoretischen Ansätzen wird sodann zu der Frage führen, welche Anknüpfungspunkte das Modell der radikalen Demokratie für die feministische Theorie eröffnet (2), um neue Akzente in den aktuellen Forschungen zur Demokratisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse zu setzen (3).

1. Zum agonalen Verständnis des Politischen

„Zum kritischen Selbstverständnis kommt es daher über einen Kampf politischer ‚Hegemonien‘, kontrastierender Richtungen, zuerst im Feld der Ethik, dann der Politik, um zu einer höheren Ausarbeitung der eigenen Auffassung des Wirklichen zu gelangen“ (Antonio Gramsci 1991, Bd. 6, H. 11, § 12: 1375–1384).

In ihrem gemeinsamen Buch zu *Hegemonie und radikale Demokratie* (2000) entwickelten Ernesto Laclau und Chantal Mouffe die Diskurstheorie als eine neue Theorie des Politi-

schen, anhand derer sie einen kritischen Begriff von Gesellschaft entfalten, in der die Differenz als Wesen des Sozialen eingeschrieben ist (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 54).

Im Gegensatz zu der im Rahmen des politischen Liberalismus entwickelten Idee eines Gesellschaftsvertrages, wonach sich von Natur aus freie und gleiche Individuen zu einer Gemeinschaft zusammenschließen, geht Mouffe davon aus, dass Mitglieder einer Gemeinschaft erst aus der Interaktion und dem gemeinsamen Handeln relational über die Wahrnehmung eines differenten Anderen, eines konstitutiven Außen, das als ein vom ‚Wir‘ unterschiedenen ‚Sie‘ wahrgenommen werden und damit immer Ausdruck einer sozialen Konstellation sind. Erst über diesen Prozess wechselseitiger Außen- und Selbstzuschreibungen konstituiert sich Gesellschaft als eine Gemeinschaft differenter Identitäten.

In der Verbindung mit dieser prinzipiell pluralistischen Struktur des Sozialen stellt sich notwendigerweise die Frage nach der Konstituierung des Zusammenhalts einer politischen Gemeinschaft, mit der sich Mouffe in ihrem in deutscher Sprache veröffentlichten Essayband *Über das Politische* (2007a) und in der aktuell publizierten Schrift *Agonistic. Thinking the world politically* (2013) auseinandersetzt. Antagonismus und Hegemonie bilden dabei die zwei Schlüsselbegriffe ihres Verständnisses des Politischen, das sie sowohl mit als auch in Abgrenzung zu Carl Schmitts *Begriff des Politischen* (1991) entfaltet. Gemeinsam ist beiden die Auffassung zum Antagonismus als einer ontologischen Dimension des Politischen, die „als für menschliche Gesellschaften konstitutiv“ (Mouffe 2007a: 16) gesehen wird. Ausgehend von einer radikalen Kritik an den individualistischen und rationalistischen Grundannahmen des Liberalismus, wonach Konflikte innerhalb einer pluralen Gesellschaft in Form eines Konsens entschärft, neutralisiert und aufgehoben werden können, geht Mouffe mit Verweis auf Schmitt davon aus, „dass jeder Konsens auf Akten der Ausschließung basiert und demnach ein ganz und gar einschließender, ‚rationaler‘ Konsens unmöglich wird“ (Mouffe 2007a: 19). Die Blindheit gegenüber der antagonistischen Dimension von Gesellschaft ist für Mouffe eine „konstitutive Leerstelle“ (ebd.), anhand derer sie das liberale Denken als grundlegend apolitisch entlarvt. Erfolgt diese Einschätzung noch in Übereinstimmung mit Schmitt, trennt sich Mouffe (ebd.: 22 f.) an dem Punkt von ihm, wo es um die Frage nach einem neuen Verständnis demokratischer Politik geht, das mit einem für Gesellschaften konstitutiven Pluralismus vereinbar ist. Diese Perspektive wird von Schmitt grundsätzlich ausgeschlossen, insofern politische Identitäten immer eine Form der Wir-Sie-Relationen darstellen, die zu einem politischen Handeln führen, das auf der Letztentscheidung zwischen Freund und Feind beruht. Da die naturwüchsig in die Gesellschaft angelegte antagonistische Struktur aufgrund des Fehlens letzter Gründe prinzipiell unentscheidbar ist, besteht für Schmitt die Aufgabe der Politik in der Vernichtung des Feindes – des Anderen –, um die gesellschaftliche Ordnung zu sichern.

Während Schmitt (1991) damit vom Antagonismus als einem Phänomen ausgeht, das in Form der Freund-Feind-Unterscheidung als ein fundamentales Kategorienpaar in die Gesellschaften eingeschrieben ist, erachten Mouffe und Laclau den Antagonismus als ein diskursives Phänomen, das über die Kommunikation die Differenz politischer Identitäten in Form von GegnerInnen sichtbar macht. Die Verschiebung der Bedeutungen von Themen, AkteurInnen und Konflikten erfolgt dabei durch die Praxis der Artikulation, die eine Beziehung zwischen Elementen so etabliert, dass ihre Identität in der und durch die Artikulation verändert wird (vgl. Demirović 2007: 61). Das Ergebnis der Artikulation schließlich sind differentielle Positionen, die sich im Diskurs als ein System von Differenzen verdichten. Antagonismen sind demzufolge zwangsläufiges Resultat einer diskursiven

Formation von Gesellschaft, indem jedes Element seine Identität nur durch die Differenz zu den anderen Bedeutungselementen erlangt: „Jedes einzelne Moment des Diskurses gewinnt seine Identität nur durch seine spezifische Differenz innerhalb des Diskurses. Damit entsteht eine in sich geschlossene und völlig konstituierte Totalität. Jedes der Momente dieser Totalität ist notwendig und bringt das Ganze der Totalität zum Ausdruck. Aber es ist keine natürliche, externe, sondern eine relationale Notwendigkeit“ (ebd.: 62). Anders als Jürgen Habermas, der den Diskurs als Verfahren geregelter Argumentation begreift, versteht Mouffe den Begriff in Anlehnung an Foucault als eine fortwährend sprachliche Erzeugung von Bedeutungsbeständen (vgl. Nonhoff 2004: 66), über die sich kollektive Identitäten schließlich herausbilden. Doch besteht in einer Gesellschaft als einer symbolischen Ordnung (vgl. Laclau/Mouffe 2000: 133), die über „eine gewisse Häufung von kontingenten Kommunikationen und Interaktionen [...] jenseits metaphysischer Letztbegründungen“ (Demirović 2007: 56) in Erscheinung tritt, immer die Möglichkeit der Entstehung von Antagonismen.

An dieser Stelle bringt Mouffe (2007a: 25 ff.) mit dem Begriff der Hegemonie ihren zweiten Schlüsselbegriff ins Spiel, der neben dem Antagonismus jede gesellschaftliche Ordnung als prinzipiell politisch ausweist, insofern und weil diese als Ausdruck bestimmter Machtverhältnisse gesehen werden kann (vgl. ebd.: 27). Denn wenn es keine guten, rationalen und normativen Gründe für Entscheidungen gibt und Übereinstimmung zur Beschaffenheit von Ordnungen nicht erzwungen werden kann, ist das, was sich letztendlich als eine Ordnung konstituiert, lediglich das Resultat von Bedeutungszuschreibungen und Sinnfixierungen, die hegemonial geworden sind.

Mit der Charakterisierung von „Gesellschaft als ein Feld der Überdeterminierung“ gehen Mouffe und Laclau (2000: 141) zurück auf den bereits von Antonio Gramsci (1991) verwendeten Begriff der Hegemonie, mit dem er den Kampf um die Deutung kultureller Werte und Formen politischer, geistiger und kultureller Führung durch politische AkteurInnen, Organisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen konzeptionell zu erfassen suchte und damit die Beteiligung der zivilen Gesellschaft an der staatlichen Herrschaftsausübung verdeutlichte (vgl. Wilde 2014). Dabei zeigt sich hegemoniale Politik in seiner Auffassung am eindeutigsten in der „Phase [...], in der [...] Ideologien [...] zur Konfrontation kommen und in den Kampf eintreten, bis eine [...] dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich durchzusetzen, sich über den gesamten gesellschaftlichen Bereich zu verbreiten, wobei sie [...] alle Fragen, um die der Kampf entbrannt ist, [...] auf eine ‚universale‘ Ebene stellt und so die Hegemonie einer grundlegenden gesellschaftlichen Gruppe über eine Reihe untergeordneter Gruppen herstellt“ (Gramsci 1991, Bd. 7, H. 13, § 17: 1559–1562).

Ausgehend von der Frage, wie soziale Realität und mit ihr die Machtbeziehungen tatsächlich instituiert werden, erweitern Mouffe und Laclau den Begriff der Hegemonie von Gramsci zum politischen Konzept einer Gesellschaftstheorie (Marchart 2007: 107), anhand dessen sie die Dynamik und die Kontingenz der politischen Konstruktion von Artikulationspraxen (vgl. Demirović 2007: 60) untersuchen. In diesem Verständnis ist das Politische nicht das Produkt von Entscheidungen; vielmehr umfasst es sämtliche diskursiv erzeugten hegemonialen Bedeutungsbestände, die in Form von Verfahrensweisen und Institutionen hegemonial geworden, gleichzeitig aber auch immer kontingent sind, insofern sie auf dem Ausschluss anderer Möglichkeiten beruhen. Entscheidend dabei ist, dass Gesellschaft als diskursive Formation die Sphäre der sedimentierten Verfahrensweisen umfasst, die den kontingenten Charakter der Institutionen und Strukturen verhüllen, wohin-

gegen das Politische diejenige Sphäre umschreibt, in der die Akte der gesellschaftlichen Institutionierung sichtbar werden. In der Folge ist das Politische die andere, unsichtbare Seite des Sozialen und nicht auf Vorgänge des politischen Systems reduziert (Stäheli 2001: 194).

Als Aufgabe für demokratische Politik bleibt schließlich nur, der bestehenden Möglichkeit des Antagonismus Rechnung zu tragen (Mouffe 2007a: 25) und den potentiellen Antagonismus zu entschärfen (ebd.: 29). Dies gelingt für Mouffe auf der Grundlage einer agonalen Politik als eine Form von Gegnerschaft, welche die Zähmung der antagonistischen Beziehungen ermöglicht (vgl. Marchart 2010: 219). Agonistischer Pluralismus als Politikmodell steht dabei für den Versuch, „das operativ zu machen, was Richard Rorty eine ‚Neubeschreibung‘ des grundlegenden Selbstverständnisses der liberal-demokratischen Regierungsform nennen würde, wobei betont wird, wie wichtig die Anerkennung ihrer konfliktorischen Dimension ist“ (Mouffe 2000a: 139, Fn. 104). Grundlegend für die „Agonalität des Demokratischen“ (Jörke 2004) ist demnach die Anerkennung des „kontingenten Charakter[s] der hegemonialen politisch-ökonomischen Artikulationen [...], die die spezifische Konfiguration einer Gesellschaft zu einem gegebenen Zeitpunkt bestimmen. Es handelt sich um widerrufliche, pragmatische Konstruktionen, die durch einen agonistischen Streit zwischen den Gegnern redefiniert und transformiert werden können“ (Mouffe 2007a: 46).

2. Geschlechterverhältnisse als diskursive Praxis

„Der Kampf um Gleichheit [...] muss in einer umfassenderen Weise gedacht werden, damit er die Vielfalt von sozialen Beziehungen in den Blick bekommt, in denen Ungleichheit existiert und problematisiert werden“ (Mouffe 2007b: 50).

Mouffes Ansatz zeigt sich in mehrfacher Hinsicht konsubstantiell mit den Annahmen feministischer Theorie. Aus der Annahme einer diskursiven Formation des Sozialen folgt für feministische Ansätze, dass ebenso wenig wie von der objektiven Gesellschaft, auch nicht von den gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen als eine objektive Realität gesprochen werden kann (vgl. Mouffe 2000b). Mouffes Feststellung (2007a: 27), dass „Macht [...] für das Gesellschaftliche konstitutiv [ist], weil das Gesellschaftliche ohne die ihm seine Form gebenden Machtverhältnisse nicht sein könnte“, schließt notwendigerweise auch das Verhältnis der Geschlechter in die Struktur des Politischen mit ein. Politik erscheint in dieser Perspektive als ein Ort, in welchem sich Muster öffentlich-politischer Argumentation (vgl. Nonhoff 2004: 66) auch zu einer scheinbar natürlichen, gegebenen oder notwendigen Geschlechterdifferenz konstituieren und in Form von Machtbeziehungen hegemonial werden.

Feministische (Politik-)Wissenschaft ist ein ebenso wesentlicher Schlüssel zum Verständnis dieses unauflösbaren Bandes zwischen Politik und Geschlechterverhältnissen wie dessen Leugnung durch den wissenschaftlichen Mainstream. Besonders im liberalen Denken kommt dabei der Geschlechterdifferenz das einzigartige Privileg zu, das Fundament zu sein, auf dessen Ausschließung sich das Gemeinwesen der Menschen gründet. Zu dieser Erkenntnis gelangte vor allem Carole Pateman in ihrem beeindruckenden Buch *The Sexual Contract* (1988), das die Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit als grundlegendes Strukturmerkmal moderner demokratischer Gesellschaften herausarbeitet

und damit den Blick auf die Diskriminierung von Frauen und die Negierung von Geschlechterdifferenzen im politischen Raum öffnet.

2.1 Geschlechterdifferenz im Spannungsfeld von Gleichheit und Freiheit

Mit ihrer These vom Geschlechtervertrag zeigt Pateman auf, welche Funktion der private Bereich – speziell in der institutionellen Form von Ehe und Familie – für den Stellenwert und die Geltung staatsbürgerlicher Rechte hat: Mit Rekurs auf die Vertragstheorien etwa von John Locke, Thomas Hobbes und Jean-Jacques Rousseau erkennt sie in deren Ausführungen zum Menschenbild und Naturzustand zwei zentrale Prämissen einer Vergesellschaftungslogik, die auf der Ideologisierung von Politik und deren Begrenzung auf einen öffentlichen Bereich als den zwei wesentlichen Voraussetzungen patriarchaler Staatlichkeit und Herrschaftsausübung beruhen (vgl. Wilde 2009).

Während allerdings für Pateman die „Unterwerfung der Frauen im Privatbereich“ konstitutiv für die liberale Vorstellung und Geltung einer „öffentliche[n] Welt von Zivilrecht, bürgerlicher Freiheit, Gleichheit, Vertragsfreiheit und Individuum“ (Pateman 1994: 85) ist, geht Mouffe mit ihrer Kritik einen Schritt weiter und erkennt im Spannungsverhältnis zwischen den ethisch-politischen Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit ein grundlegend „demokratisches Paradox“ (Mouffe 2008), welches das Wesen der liberalen Demokratie ausmacht (vgl. Mouffe 2011: 4). So entfaltet sich aus ihrer Sicht die Dynamik des Politischen erst mit dem Ringen entweder um die Vorherrschaft der liberalen Tradition der Herrschaft der Gesetze und der individuellen Rechte oder der republikanischen Tradition der Volkssouveränität und der demokratischen Selbstregierung.

Ähnlich argumentiert Seyla Benhabib (2007; 2008), wenn sie aus einer an Jürgen Habermas orientierten Perspektive den die Geschichte demokratischer Politik prägenden Widerspruch zwischen der Geltung universeller Menschenrechte und dem Postulat bürgerschaftlicher Beteiligung als ein „Paradox demokratischer Legitimität“ (Celikates 2010: 61) ausweist, das grundsätzlich unauflösbar ist. Während sie allerdings die institutionelle Vermittlung beider Prinzipien als Hauptaufgabe demokratischer Politik sieht und damit das Austarieren zwischen der liberalen und demokratischen Selbstverpflichtung für grundsätzlich möglich hält, wirft Mouffe den liberalen Ansätzen prinzipiell vor, „Demokratie lediglich als Rechtsstaatlichkeit und Verteidigung der Menschenrechte“ (Mouffe 2011: 4) zu konzipieren. Als problematisch erweist sich dabei auch die enge Verknüpfung von Begründungs- und moralischem Universalismus, die Benhabib (2007) im Rahmen ihrer diskurstheoretischen Konzeption für die Geltung von Rechtsansprüchen favorisiert. Weder aber die normative Dimension des Rechts „als Anrecht der einzelnen Person [...] von der Weltgemeinschaft als Rechtsperson anerkannt und geschützt zu werden“ (Benhabib 2012: 410) noch die universellen Gleichheitsansprüche, die auf grundlegenden „Annahmen über die menschliche Natur und Rationalität“ (ebd.: 411) beruhen, stellen eine für Mouffe angemessene politische Antwort auf die etwa von Hannah Arendt (1991) aufgeworfene Frage nach dem „Recht, Rechte zu haben“ (ebd.: 462) dar. Denn individuelle Freiheits- und Teilhabeansprüche werden in dieser Weise an ein normatives Gleichheitsverständnis gebunden, das Differenz und damit auch Geschlechterdifferenz prinzipiell ausschließt.

Nicht zufällig nimmt sie mit ihrer Kritik Bezug auf Jacques Rancière (Mouffe 2007a: 41), der in seinen Ausführungen zu *Demokratie und Postdemokratie* (2010) vor allem im Zusammenbruch autoritärer Systeme einen geeigneten Anlass für das demokratische

Denken sah, „ohne Hintergedanken die Demokratie aufzuwerten, Demokratie einfach mit dem Rechtsstaat gleichzusetzen, den Rechtsstaat mit dem Liberalismus“ (Rancière 2010: 121). Mouffe teilt mit Rancière die Skepsis, dass mit dieser Entwicklung der Verdacht, nur formell zu sein, den der realen Demokratie als Hypothek fortwährend anhaftet (vgl. ebd.), nicht wirklich ausgeräumt werden konnte, ohne „die antagonistische Dimension der Politik“ (Mouffe 2007a: 42) anzuerkennen. So kritisiert sie an den liberalen Modellen von John Rawls (2003; 1975) und Jürgen Habermas (1996; 1992) vor allem den Versuch, die beiden widersprüchlichen Logiken durch den Typus der rationalen Zustimmung zu verbinden, ohne allerdings der Gleichursprünglichkeit von Liberalismus und Demokratie gerecht zu werden: „Rawls und Habermas wollen die Bindung an liberale Demokratie auf einem Typus der rationalen Zustimmung gründen, der die Möglichkeit der Herausforderung ausschließt. Aus diesem Grund müssen sie Pluralismus in einen nicht-öffentlichen Bereich verbannen, um Politik von dessen Konsequenzen abzuschirmen.“ (Mouffe 2008: 95) Zwar räumt sie ein, dass Habermas im Unterschied zu Rawls, der im Prinzip der Volkssouveränität letztendlich nur ein Mittel sieht, um den individuellen Freiheits- und Gleichheitsrechten legitime Geltung zu verschaffen, der Volkssouveränität eine wesentlich größere Bedeutung beimisst. Denn Habermas erkenne die Gewährleistung individueller Rechte als eine wichtige Voraussetzung für die demokratische Selbstregierung und kehre damit die Prioritäten beider Prinzipien um (vgl. ebd.). Doch geht es für Mouffe auch im Modell der deliberativen Demokratie primär um das Ziel, über eine Schlichtung der Debatten einen rationalen Konsens zu kreieren und weniger darum, die Dichotomie zwischen den beiden Prinzipien der Gleichheit und Freiheit im politischen Prozess immer wieder neu zu verhandeln und deren Konfliktdimension zu stärken. Die Folge davon seien schließlich Prozesse der Entpolitisierung, die in den gegenwärtigen neoliberalen westlichen Gesellschaften das Verhältnis in Richtung eines meist wirtschaftlich verstandenen Freiheitsbegriffs zu Ungunsten des demokratischen Anspruches auf Gleichheit verschiebe. Die Unfähigkeit gegenwärtiger liberaler Politik und Theorie, „der Frage nach der Aktivbürgerschaft gerecht [zu] werden“ (ebd.: 98), begründet sich nicht zuletzt mit einer Subjektkonzeption, „die Individuen der Gesellschaft vorausgehen lässt als Träger von natürlichen Rechten und entweder als nutzenmaximierende Akteure oder als rationale Subjekte“ (ebd.). Mit Rancière (2002) sieht sie darin Ursache und Grundlage einer neuen Formation von Postdemokratie als „eine[r] Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie nach dem Demos, einer Demokratie, die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volkes liquidiert hat, reduzierbar also auf das alleinige Spiel der staatlichen Dispositive und der Bündelung von Energie und gesellschaftlichen Interessen“ (Rancière 2002: 111, zit. nach Mouffe 2007a: 41). Die in dieser Vorstellung angelegte „abstrakte Idee der Menschheit“ hält sie insofern für „eine gefährliche Illusion“, als „keine demokratische Selbstregierung [...] ohne solch ein Demos funktionieren“ (Mouffe 2007b: 51) kann.

Ausgehend von der Kritik an jedem liberalen Versuch, der Volkssouveränität im Namen der Freiheit Grenzen zu setzen, sei es in Form einer Verabsolutierung individueller Autonomieansprüche, einer Überwindung durch rationale Konsensfindung, die grundsätzlich nicht erreicht werden kann, oder einer temporären Vermittlung, zielt Mouffe in der Betonung des „agonistischen“ Elements der Demokratie darauf, dem Gleichheitsanspruch wieder mehr Bedeutung beizumessen, ohne dabei die individuelle Differenz aus den Augen zu verlieren. Doch wie schon Alain Badiou (2010) hervorgehoben hat, bedeutet die Gleichheit auch für Mouffe nichts Objektives. Ihr geht es wie ihm „keineswegs um die

Gleichheit von Status, Einkommen, Funktionen, noch weniger um jene egalitäre Dynamik, die von Verträgen oder Reformen vorausgesetzt wird“ (Badiou 2010: 68). Wenn Mouffe von Gleichheit redet, denkt sie keineswegs an ein soziales Programm, das von der Politik mittels Gleichstellungsmaßnahmen und Reformen umgesetzt wird. Vielmehr konzentriert sich ihr Ansatz auf die Grundlagen einer egalitären Politik, die sich in und mit einem ‚leidenschaftlichen‘ Handeln der BürgerInnen zeigt. Den Kern ihres Denkens zur Politik der Emanzipation bildet dabei das widerspruchsvolle Verhältnis zwischen den gleichzeitigen, aber prinzipiell inkompatiblen Ansprüchen auf Freiheit und Gleichheit. Begreift man dieses Denken, „das sich nach einer egalitären Maxime richtet“, mit Badiou (2010: 71) als „ein Denken in actu“, gewinnt die „Enträumlichung“ (Schwan 2006: 4) einer Öffentlichkeit, die „viel empfänglicher für die Vielfalt von Stimmen ist, welche eine pluralistische Demokratie ausmachen“ (Mouffe 2001b: 18), für den politischen Balanceakt zwischen der Äquivalenz der einzelnen Teile einer zivilen Gesellschaft und der Autonomie der Individuen an zentraler Bedeutung.

2.2 Agonistischer Pluralismus in einer erweiterten Öffentlichkeit

Bereits im aristotelischen Verständnis von Hannah Arendt (1993a;1993b;1994) gilt die Existenz eines öffentlichen Raums als Wesensmerkmal des Politischen und als Indiz für ein freies politisches Gemeinwesen in Form der Zivilgesellschaft (vgl. Wilde 2012). In dem normativen Gehalt, den Arendt vor allem in ihrem Buch *Vita activa* (1994) entfaltet, erscheint die Öffentlichkeit als ein Assoziationsraum, der in grundlegender Weise die Bestimmung des Menschen an die Interaktion von Verschiedenen bindet. Erst in Verbindung mit der Öffentlichkeit entfaltet sich das Politische in Form von Urteilskraft und Handlungsmacht als Ergebnis der Kommunikation zwischen den Menschen und ihres gemeinsamen Handelns. In diesem Verständnis entsteht „Politik [...] im Zwischen und etabliert sich als der Bezug“ (Arendt 1993b: 11). Die Bedeutung, die Arendts Politikverständnis für die Bestimmung demokratischer Geschlechterverhältnisse zukommt, ergibt sich dabei mit ihrem zentralen Begriff der Pluralität als Bedingung für menschliches Handeln und Machtausübung (vgl. Arendt 1993a: 227). Pluralität verweist dabei sowohl auf die grundlegende Anerkennung von Gleichheit, welche die Verständigung der Menschen untereinander ermöglicht, sowie auf den Aspekt von Vielheit als Merkmal des Verschiedenseins jeder Person (Arendt 1994: 213). Die politische Gewährleistung von Pluralität ist deshalb gleichbedeutend mit ihrer Forderung nach dem „Recht, Rechte zu haben“ (Arendt 1991: 462), dessen Verwirklichung sie an die Konstituierung eines öffentlichen Raumes bindet.

Während Arendt demnach an der Trennung zwischen der Öffentlichkeit und Privatheit festhält, fokussieren feministische Konzepte einen Öffentlichkeitsbegriff, der die Geschlechterdifferenz systematisch als eine Herrschaftsdimension einbezieht, die das relationale Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit betrifft (vgl. Wilde 2014).

So weist das Konzept der pluralen Öffentlichkeit von Nancy Fraser (1992; 1996; 2001; 2007) die Vorstellung einer homogenen, für alle BürgerInnen gleichermaßen geöffneten Konzeption von Öffentlichkeit zurück, wie sie insbesondere im Rahmen des deliberativen Modells von Habermas aufscheint. Ihre Kritik richtet sich dabei vor allem auf das Ideal eines freien Zugangs zur Öffentlichkeit, mit dem soziale Ungleichheit bei der diskursiven Interaktion verschwiegen wird. Vorstellungen eines allgemein geteilten Interesses, das im Prozess der Deliberation als Gemeinwohl zu entdecken ist und Privatinteressen aus-

schließt, begründen aus ihrer Sicht eine „spezielle, nämlich bürgerlich maskulinisierte, von der Überlegenheit der weißen Rasse überzeugte Konzeption der Öffentlichkeit“ (Fraser 2001: 121), die keinen differenzierten Herrschaftsbegriff beinhaltet. Die feministische Kritik an diesem gewaltfreien, dialogisch und gemeinwohlorientierten Öffentlichkeitskonzept, das auch deshalb unpolitisch ist, „weil Auseinandersetzungen um Macht und in der Zivilgesellschaft umkämpfte Verhandlungspositionen unterschätzt werden“ (Sauer 2006, 247), verbindet sich schließlich mit der Frage nach den definierenden Merkmalen einer Öffentlichkeit, in der Geschlechterwidersprüche die Grundlage für Vorstellungen partizipatorischer Gleichstellung und demokratischer Einflussnahme bilden.

Mit einer sektoralen und multiplen Erweiterung von Öffentlichkeiten sieht Fraser (1996; 2001) letztendlich eine Möglichkeit, die Interessen sowohl starker als auch schwacher Gruppen zu thematisieren und weitere Einflussfaktoren wie Ethnie, Rasse, Klasse, Alter aus einer intersektionalen Perspektive (Degele/Winker 2009) zu berücksichtigen. Demgegenüber wird für Iris Marion Young (1993) die differente Natur des öffentlichen Raums zum bestimmenden Leitgedanken ihres Ansatzes zur Gerechtigkeit als Inklusion, mit dem sie „Respekt für Unterschiedlichkeit ohne Unterdrückung von Differenz“ (Seubert 2013: 125) einfordert. Diese Differenzen sind bei Young aber keine Antagonismen, über die sich Gesellschaft erst konstituiert, sondern Ausdruck unterschiedlicher Gruppen in der Gesellschaft (vgl. Young 1993: 281). In dieser Auffassung werden Gruppenbildungen durch soziale Prozesse im Rahmen von gesellschaftlichen Kämpfen um soziale Positionierung und Anerkennung erzeugt (vgl. Young 2007: 81 ff.). In der Folge geht es im Modell der Gruppenrepräsentanz um eine Politik der Differenz, die es allen gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht, ihre sozialen Perspektiven einzubringen. So besteht in ihren eigenen Worten das normative Ziel politischer Kommunikation darin „to make claims on others in a shared public forum“ (Young 2000: 209). Nicht nur, dass damit eine große Gefahr bloßer Interessenspolitik verbunden ist, weil – wie Sandra Seubert (2013) zu Recht einwendet – jeder Kampf um Anerkennung „in irgendeiner Weise auf eine gemeinsame Öffentlichkeit und der Mitgestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse bezogen ist“ (ebd.: 129); gewichtiger aus einer poststrukturalistischen Perspektive ist, dass Youngs normatives Gerechtigkeitsverständnis (vgl. Flügel-Martinsen/Martinsen 2013) auch jeder Möglichkeit entbehrt, Gerechtigkeit darüber herzustellen, dass Ungleichheits- und Diskriminierungserfahrungen auf die politische Agenda gesetzt und thematisiert werden können.

Mouffes Verständnis des Politischen ist deshalb sowohl von Arendts Vorstellung zur Pluralität als Wesenskern des Politischen als auch von einer feministischen Politik der Differenz abzugrenzen. Aus der poststrukturalistischen Perspektive formulieren beide Ansätze keine hinreichenden Bedingungen für demokratische Politik, weil weder das Ideal einer pluralen Öffentlichkeit noch das einer differenten Öffentlichkeit die konfliktorische Dimension anerkennen, die aus Sicht von Mouffe (2000a: 139, Fn. 104) für die Geltung eines gleichen Rechts, Rechte zu haben (Marchart 2010: 219), entscheidend ist. So lassen Politikmodelle, die das Recht auf Mitgliedschaft und den Gebrauch von Rechten von der Handlungsfreiheit pluraler Identitäten oder aber der Repräsentation von Geschlechterdifferenz in der politischen Öffentlichkeit abhängig machen, für sie die Möglichkeit offen, „daß das Politische unter bestimmten Bedingungen absolut kongruent mit dem Ethischen gemacht werden könnte“ (Mouffe 2000a: 139, Fn. 105). Diesen Optimismus aber kann sie nicht teilen (vgl. ebd.), weil letztendlich „der Dualismus zwischen Freiheit und Gesellschaft [...] auf einem „falschen Dilemma von Gleichheit gegen Differenz“ (Mouffe 2000b: 19) beruht.

Mit ihrem Konzept der diskursiven Öffentlichkeit erteilt Mouffe dem universellen Anspruch auf gleiche Rechte deshalb eine harsche Abfuhr und gewährt stattdessen dem Politischen einen Universalitätsanspruch (Flügel et al. 2007: 7), indem sie den Kampf zu den Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit ins Zentrum ihres radikalen Demokratiemodells rückt. Mit diesem Perspektivenwechsel ist das Phänomen einer männlichen Öffentlichkeit weder die Folge einer Ausgrenzung der privaten Interessen von Frauen noch Ausdruck einer Begrenzung von bürgerlichen Gleichheits- und Freiheitsrechten auf den öffentlichen Raum, sondern konstituiert sich „als ein strategisches Terrain hegemonialer Artikulation“ (Marchart 2007: 107). Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse sind in diesem Verständnis das Ergebnis einer artikulatorischen Verfestigung von Bedeutungszuschreibungen und Sinnfixierungen, die sich in Form von Regierungspraxen, Institutionen, Vorstellungen zu Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit sedimentiert (vgl. Laclau 2005: 154; Hetzel 2004) haben. Die Erweiterung und Enträumlichung der Öffentlichkeit als Ergebnis einer artikulatorischen Praxis umschreibt damit eine Sphäre agonaler Politik, in welcher in den sprachlichen, institutionellen und interaktiven Äußerungen gesellschaftlicher Gruppen und politischer AkteurInnen egalitäre wie libertäre Axiome enthalten sind, die Bedeutung gewinnen und hegemonial werden. In diesem Verständnis wird der Diskurs als Gesamtheit sprachlicher wie auch nicht sprachlicher Praxen, als Institutionen, Funktionen und Strukturen zu einem Medium, über das sich Öffentlichkeit generiert, die aber dann erst eine egalitäre Realität ist, wenn und insofern in diesem politischen Raum gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse sichtbar werden und Gegenstand politischer Auseinandersetzung sind.

Öffentlichkeit als eine diskursive Formation verkörpert in dieser Hinsicht einen erweiterten politischen Raum, der hegemoniale Vereinheitlichungs-, Ver- und Entgeschlechtlichungsdiskurse (vgl. Sauer 2001: 6 f.) umfasst und die familiäre Privatheit als einen politischen relevanten Handlungsbereich der zivilen Gesellschaft (vgl. Cohen/Arato 1994; Gerhard 1999; Okin 2002; Budde 2003) grundsätzlich mit einbezieht. Denn vor dem Hintergrund der dort geltenden kulturellen Praktiken, Normen und Werte transportieren öffentliche Diskurse auch Bedeutungen, Wahrnehmungsmuster und Regeln, die für die Reproduktion von Geschlechterrollen relevant sind (vgl. Fraser 1992; Young 2000) und schaffen auf diese Weise gesellschaftliche Realität und Identität über Vorstellungen, was öffentlich und privat, was männlich oder weiblich ist. Privatheit als eine Dimension politischer Öffentlichkeit (vgl. Sauer 2001: 7) konstituiert sich dabei über Regelungen, etwa zum Zugang zu bestimmten Ressourcen, zur Herausbildung bestimmter Identitäten sowie zur Organisation von Interessen. In diesem poststrukturalistischen, diskursiven Verständnis wird Öffentlichkeit als Schnittmenge umkämpfter, räumlicher und diskursiver Foren begriffen, die für die Verhandlung und Thematisierung von Subjektpositionen, Meinungen, Interessen sowohl starker als auch schwacher Gruppen offen sind.

3. Demokratische Geschlechterverhältnisse als gegenhegemoniales Projekt – ein Fazit

„Unter Gerechtigkeit wollen wir das verstehen, womit eine Philosophie die mögliche Wahrheit einer Politik bezeichnet“ (Alain Badiou 2010: 66).

Die Verbindung des diskurstheoretischen Ansatzes von Chantal Mouffe mit der feministischen Theorie erweitert den Fokus, den die feministischen Ansätze bislang auf die Trennung öffentlicher und privater Bereiche als zentrales Strukturmerkmal moderner Gesellschaften gerichtet haben. In der Auffassung zur Gesellschaft als einer diskursiven Formation spiegeln sich letztendlich die Potentiale einer gouvernementalen Perspektive, welche die politische Gesellschaft als einen „durch Machteffekte als Subjekte konstituierten Körper“ (Foucault 2001: 44) begreift. Die zivile Gesellschaft stellt in diesem Verständnis ein Machtdispositiv dar, das durch diskursives Handeln hervorgebracht wird, damit kontingent ist sowie von oben nach unten wirkt, in unterschiedlichen Formen von Netzwerken „zirkuliert und nur als Verkettung funktioniert“ (ebd.). In dieses Feld von Machtbeziehungen sind die Geschlechterverhältnisse in Form von Trennungs-, Disziplinierungs- und Diskriminierungsdispositiven eingeschrieben. Als solche sind sie in der radikalen Demokratie sowohl das kontingente Ergebnis hegemonialer Diskurse als auch der Gegenstand agonaler Politik.

Die politische Zählung von Konflikten und Antagonismen, wie sie sich etwa vor dem Hintergrund der Trennung öffentlicher und privater Bereiche ergeben, können für Mouffe nur mit der Konstituierung gegenhegemonialer Diskurse gelingen. Die Auseinandersetzung mit den Ursachen struktureller gesellschaftlicher Machtverhältnisse (vgl. Mouffe 2004: 73) bildet dabei den Kern eines agonalen Politikmodells, das durch die Bereitschaft der BürgerInnen hervorgebracht wird, sich mit ihren unterschiedlichen Interessen und Belangen vor dem Hintergrund ihrer ungleichen Machtpositionen als GegnerInnen anzuerkennen sowie die eigene Perspektive öffentlich zu thematisieren und zu vertreten. Diese „radikal-demokratische Interpretation von Staatsbürgerschaft [...] verwirft die Idee einer abstrakten universalistischen Bestimmung von Öffentlichkeit, die dem privaten Bereich – betrachtet als Bereich der Partikularität und der Differenz – entgegengesetzt ist“ (Mouffe 2006: 152).

Erst auf der Grundlage einer gleichberechtigten Artikulation gesellschaftlicher Antagonismen entsteht das wirklich ‚Demokratische‘ in Form einer staatsbürgerlichen diskursiven Praxis, die es beiden Geschlechtern im größtmöglichen Maße und in prinzipieller Gleichberechtigung ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und politisch teilzuhaben am Diskurs darüber, was unter Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu verstehen ist. Bürgerschaftlicher Konstitutionalismus (Wilde 2010; 2013) bezeichnet damit ein erweitertes feministisches Verständnis des Politischen, das Geschlechterverhältnisse als eine spezifische Konstitutionsform politischer Gesellschaften begreift und deren demokratische Verfassung an den aktuellen Kämpfen um die Ausdehnung, Besetzung und Vervielfachung des politischen Raums misst.

Literatur

- Arendt, Hannah, 1991: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, 2. Auflage, München / Zürich.
- Arendt, Hannah, 1993a: *Über die Revolution*, München / Zürich.
- Arendt, Hannah, 1993b: *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß*, herausgegeben von Ursula Ludz, München / Zürich.
- Arendt, Hannah, 1994: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München / Zürich.
- Badiou, Alain, 2010 [1996]: *Wahrheiten und Gerechtigkeit*. In: Ders. / Jacques Rancière, *Politik der Wahrheit*, herausgegeben von Rado Riha, 2. Auflage, Wien, 65–77.
- Benhabib, Seyla, 2007: *Ein anderer Universalismus. Einheit und Vielfalt der Menschenrechte*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 55, 510–519.
- Benhabib, Seyla, 2008: *Kosmopolitismus und Demokratie. Eine Debatte*, Frankfurt (Main).
- Benhabib, Seyla, 2010: *Gibt es ein Menschenrecht auf Demokratie? Jenseits von Interventionspolitik und Gleichgültigkeit*. In: Christoph Brozies / Henning Hahn (Hg.), *Globale Gerechtigkeit. Schlüsseltexzte zur Debatte zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus*, Berlin, 404–438.
- Budde, Gunilla F., 2003: *Das Öffentliche des Privaten. Die Familie als zivilgesellschaftliche Kerninstitution*. In: Arndt Bauerkämper (Hg.), *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handlungen und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt (Main), 57–75.
- Celikates, Robin, 2010: *Die Demokratisierung der Demokratie. Etienne Balibar über die Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht*. In: Ulrich Bröckling / Robert Feustel (Hg.), *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*, Bielefeld, 59–76.
- Cohen, Jean / Arato, Andrew, 1994: *Civil Society and Political Theory*, Cambridge.
- Degele, Nina / Winker, Gabriele, 2009: *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld.
- Demirović, Alex, 2007: *Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft*. In: Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 55–86.
- Flügel, Oliver / Heil, Reinhard / Hetzel, Andreas, 2007 (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*, Darmstadt.
- Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska, 2013: *Das Pendel der Gerechtigkeit. Iris Marion Youngs gerechtigkeitstheoretische Vermittlung von Besonderem und Allgemeinen*. In: Peter Niesen (Hg.), *Zwischen Demokratie und globaler Verantwortung. Iris Marion Youngs Theorie politischer Normativität*, Baden-Baden, 33–49.
- Foucault, Michel, 2001: *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt (Main).
- Fraser, Nancy, 1992: *Rethinking the Public Sphere. A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy*. In: Craig Calhoun (Hg.), *Habermas and the Public Sphere*, Cambridge (Mass.) / London, 109–142.
- Fraser, Nancy, 1996: *Öffentlichkeit neu denken: ein Beitrag zur Kritik real existierender Demokratie*. In: Elvira Scheich (Hg.), *Vermittelte Weiblichkeit: feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie*, Hamburg, 151–182.
- Fraser, Nancy, 2001: *Neue Überlegungen zur Öffentlichkeit. Ein Beitrag zur Kritik der real existierenden Demokratie*. In: Nancy Fraser (Hg.): *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats*, Frankfurt (Main), 107–150.
- Fraser, Nancy, 2007: *Transnationalizing the Public Sphere. On the Legitimacy and the Efficacy of Public Opinion in a Post-Westphalian World*. In: *Theory, Culture & Society* 24, 7–30.
- Gerhard, Ute, 1999: *Atempause. Die aktuelle Bedeutung der Frauenbewegungen für eine zivile Gesellschaft*. In: Dies. (Hg.), *Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt*, Frankfurt (Main), 157–178.
- Gramsci, Antonio, 1991: *Gefängnishefte, Bände 1–10*, Herausgegeben von Klaus Bochmann & Wolfgang F. Haug, Berlin / Hamburg.
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1996: *Drei normative Modelle der Demokratie*. In: Ders., *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt (Main), 277–292.

- Hetzl, Andreas, 2004: Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclau Transformation der Politischen Theorie. In: Oliver Flügel / Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.), *Die Rückkehr des Politischen: Demokratietheorien heute*, Darmstadt, 185–210.
- Jörke, Dirk, 2004: Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe. In: Oliver Flügel / Reinhard Heil / Andreas Hetzel (Hg.), *Die Rückkehr des Politischen: Demokratietheorien heute*, Darmstadt, 164–184.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 2000: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 2. Auflage, Wien.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*, London.
- Marchart, Oliver, 2007: Eine demokratische Gegenhegemonie – Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe. In: Sonja Buckel / Andreas Fischer-Lescano (Hg.), *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden, 105–120.
- Marchart, Oliver 2010: Das Politische und die Unmöglichkeit von Gesellschaft. Ernesto Laclau. In: Ders., *Die politische Differenz*, Berlin, 185–220.
- Mouffe, Chantal, 1998: Carl Schmitt and the Paradox of Liberal Democracy. In: David Dyzenhaus (Hg.), *Law as Politics: Carl Schmitt's Critique of Liberalism*, Durham (NC), 159–178.
- Mouffe, Chantal, 2000a: *The Democratic Paradox*, London / New York.
- Mouffe, Chantal, 2000b: Feministische kulturelle Praxis aus antiessentialistischer Sicht. In: Chantal Mouffe / Jürgen Trinks (Hg.), *Feministische Perspektiven*, Wien, 11–22.
- Mouffe, Chantal, 2004: Umstrittene Demokratie. In: Gerhard Gamm / Andreas Hetzel / Markus Lilienthal (Hg.), *Die Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Perspektiven auf Arbeit, Leben und Politik*. 13. Darmstädter Gespräche, Frankfurt (Main) / New York, 71–76.
- Mouffe, Chantal, 2006: Demokratische Staatsbürgerschaft und politische Gemeinschaft. In: Christian Flatz / Sascha Felgitsch (Hg.), *Dimensionen einer neuen Kultur des Politischen*, Wiesbaden, 138–154.
- Mouffe, Chantal, 2007a: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt (Main).
- Mouffe, Chantal, 2007b: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Martin Nonhoff (Hg.), *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, 41–54.
- Mouffe, Chantal, 2008: *Das demokratische Paradox*. Aus dem Englischen übersetzt und eingeleitet von Oliver Marchart, Wien.
- Mouffe, Chantal, 2011: „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 1–2, 3–5.
- Mouffe, Chantal 2013: *Agonistics. Thinking the World Politically*, London / New York.
- Nonhoff, Martin, 2004: Zum Diskursverständnis von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: Gerhard Göhler / Matthias Iser / Ina Kerner (Hg.), *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*, Wiesbaden, 75–80.
- Okin, Susan M., 2002: Comment on Nancy Rosenblum's "Feminist Perspectives on Civil Society and Government". In: Nancy Rosenblum / Robert C. Post (Hg.), *Civil Society and Government*, Princeton, 179–186.
- Pateman, Carol, 1988: *The Sexual Contract*, Stanford.
- Pateman, Carol, 1994: Der Geschlechtervertrag. In: Erna Appelt / Gerda Neyer (Hg.), *Feministische Politikwissenschaft*, Wien, 73–96.
- Rancière, Jacques, 2010 [1996]: *Demokratie und Postdemokratie*. In: Alain Badiou / Ders., *Wahrheiten und Gerechtigkeit*, herausgegeben von Rado Riha, 2. Auflage, Wien, 119–156.
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 1975: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 2003: *Politischer Liberalismus*, Frankfurt (Main).
- Sauer, Birgit, 2001: Öffentlichkeit und Privatheit revisited. Grenzbeziehungen im Neoliberalismus und die Konsequenzen für Geschlechterpolitik. In: *Kurswechsel* 16, 5–11.
- Sauer, Birgit, 2006: ‚Das Konzept der Zivilgesellschaft aus Geschlechterperspektive‘. In: *PIN – Politik im Netz* 7, 243–249.

- Schmitt, Carl, 1991: *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, 3. Auflage der Ausgabe von 1963, Berlin.
- Schwan, Gesine, 2006: Die Macht der Gemeinsamkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 39, 3–7.
- Seubert, Sandra, 2013: Kampf um Verschiedenheit. Unzivilisierte Potentiale einer Politik der Differenz. In: Peter Niesen (Hg.), *Zwischen Demokratie und globaler Verantwortung. Iris Marion Youngs Theorie der politischen Normativität*, Baden-Baden, 125–134.
- Sontag, Susan, 2010: *Zur gleichen Zeit. Aufsätze und Reden*, Frankfurt (Main).
- Stäheli, Urs, 2001: Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. In: André Brodocz / Gary S. Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart II*, Opladen, 193–224.
- Wilde, Gabriele, 2009: Gesellschaftsvertrag – Geschlechtervertrag. In: Gundula Ludwig / Birgit Sauer / Stefanie Wöhl (Hg.), 2009: *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*, Baden-Baden, 31–46.
- Wilde, Gabriele, 2010: Europäische Gleichstellungsnormen: Neoliberale Politik oder postneoliberale Chance für demokratische Geschlechterverhältnisse? In: *juridikum. Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft* 22. Gemeinsame Ausgabe mit der Zeitschrift *Kritische Justiz* zum Thema *Postneoliberale Rechtsordnung? Suchprozesse in der Krise* 4, 449–464.
- Wilde, Gabriele, 2012: Totale Grenzen des Politischen. Die Zerstörung der Öffentlichkeit bei Hannah Arendt. In: *Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 21, 17–28.
- Wilde, Gabriele, 2013: Jenseits von Recht und neoliberaler Ordnung. Zur Integration von Geschlecht in die politikwissenschaftliche Europaforschung. In: Dies. / Stefanie Friedrich (Hg.), *Im Blick der Disziplinen. Geschlecht und Geschlechterverhältnisse in der wissenschaftlichen Analyse*, Münster, 21–54.
- Wilde, Gabriele, 2014: Zivilgesellschaftsforschung aus Geschlechterperspektive. In: Annette Zimmer / Ruth Simsa (Hg.), *Quo Vadis? Forschung zu Partizipation, zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihrem Management*, Wiesbaden (im Erscheinen).
- Young, Iris M., 1993: Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. In: Herta Nagl-Docekal / Herlinde Pauer-Studer (Hg.), *Jenseits der Geschlechtermoral*, Frankfurt (Main), 267–304.
- Young, Iris M., 2000: *Inclusion and Democracy*, Oxford.
- Young, Iris M., 2007: *Structural Injustice and the Politics of Difference*. In: Anthony Laden / David Owen (Hg.), *Multiculturalism and Political Theory*, Cambridge, 60–88.